



Stephan Weil Niedersächsischer  
Ministerpräsident

Bündnis für Kinder und Familien  
in Niedersachsen e.V.  
Herrenhäuser Straße 67  
30419 Hannover

19 . Juni 2014

### **Briefaktion der Kita-Volksinitiative**

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihrer Internetseite [www.kita-volksinitiative.de](http://www.kita-volksinitiative.de) rufen Sie Unterstützerinnen und Unterstützer der Kita-Volksinitiative zum Mitmachen an einer Briefaktion auf. Sie bringen in den Schreiben ihre Enttäuschung über die bisher getroffenen Entscheidungen zur Behandlung der Initiative zum Ausdruck. Zwischenzeitlich haben mich zahlreiche der wortgleichen Schreiben erreicht.

Ich halte es für angemessen, Ihnen als Initiatoren der Aktion eine persönliche Antwort zukommen zu lassen. Für alle weiteren Einsenderinnen und Einsender wird dieses Schreiben auf der Internetseite ([www.niedersachsen.de/bildung\\_wissenschaft](http://www.niedersachsen.de/bildung_wissenschaft)) veröffentlicht.

Der Kultusausschuss des Landtages hat sich intensiv mit dem Anliegen der Kita-Volksinitiative befasst und in seiner Sitzung am 25. April 2014 eine Empfehlung ausgesprochen zum Entschließungsantrag „Anliegen der Kita-Volksinitiative ernst nehmen – Qualität in Krippen und in Kindertageseinrichtungen verbessern“. Das Parlament ist in seiner Sitzung am 15. Mai 2014 der Beschlussempfehlung des Ausschusses gefolgt (vgl. Anlage Drs. 17/1527).

Diesem Auftrag wird die Landesregierung gerne nachkommen. Unter Einbeziehung der Forderungen der Volksinitiative entwickelt das Niedersächsische Kultusministerium derzeit ein modernes und an die heutigen Gegebenheiten angepasstes Kindertagesstättengesetz, um die Qualität in den Kindertageseinrichtungen zu verbessern.

Planckstraße 2  
30169 Hannover  
Telefon 0511 120-6901/02  
Fax 0511 120-6838  
E-Mail [Stephan.Weil@  
stk.niedersachsen.de](mailto:Stephan.Weil@stk.niedersachsen.de)

Ziel der Landesregierung ist es, die im Koalitionsvertrag vereinbarten bildungspolitischen Verbesserungen für den Elementarbereich Schritt für Schritt umzusetzen. Ich versichere Ihnen, dass das Anliegen der Volksinitiative in diese Arbeit einbezogen werden wird.

Eine Chance bietet nun die Absicht der Bundesregierung, Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) zu übernehmen. Dadurch beim Land freiwerdende Haushaltsmittel wollen wir primär dafür nutzen, eine dritte Kraft für Krippengruppen zu realisieren. Das Kultusministerium bereitet derzeit entsprechende Konzepte vor. Damit wäre sicher ein großer Schritt für eine bessere frühkindliche Förderung verbunden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Stephan Witt". The signature is written in a cursive, flowing style.

**Unterrichtung**  
(zu Drs. 17/814 und 17/1450neu)

Der Präsident  
des Niedersächsischen Landtages  
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 15.05.2014

**Volksinitiative gemäß Artikel 47 Niedersächsische Verfassung;**

**hier: „Volksinitiative für bessere Rahmenbedingungen in den niedersächsischen Kindertagesstätten“**

Unterrichtung des Landtagspräsidenten - Drs. 17/1024

Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 17/1450 neu

Der Landtag hat in seiner 35. Sitzung am 15.05.2014 folgende Entschließung angenommen:

**Anliegen der Kita-Volksinitiative ernst nehmen - Qualität in Krippen und in Kindertageseinrichtungen verbessern**

Dem Anliegen der Kita-Volksinitiative entsprechend hat sich der Landtag mit ihren Forderungen befasst. Die Volksinitiative fordert vom Landtag eine Überarbeitung des Kindertagesstätten-Gesetzes mit dem Ziel, die Bedingungen in den Kindertagesstätten zu verbessern. Gefordert werden insbesondere mehr Personal und kleinere Gruppen.

Im Koalitionsvertrag haben sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen darauf verständigt, „ein modernes und den heutigen Realitäten angepasstes Kindertagesstätten-Gesetz (KitaG) auf den Weg zu bringen, das darauf abzielt, den Personalschlüssel in Krippen zu verbessern“. Es soll ein „Masterplan für mehr und hoch qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher“ entwickelt werden. Beide Ziele werden nach wie vor verfolgt. Es besteht mit den Initiatoren der Kita-Volksinitiative Einigkeit, dass sie nur schrittweise verwirklicht werden können.

Die Landesregierung wird gebeten,

1. im Dialog mit Verbänden, Elternvertretungen, Vertreterinnen und Vertretern von Kommunen und Trägern und der Wissenschaft ein modernes und an die heutigen Gegebenheiten angepasstes Kindertagesstätten-Gesetz (KitaG) zu entwickeln,
2. die Forderungen der Volksinitiative bei der Erarbeitung des KitaG einzubeziehen,
3. einen Stufenplan für die Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation unter Berücksichtigung der Haushaltssituation zu erarbeiten,
4. Vorschläge zu erarbeiten, wie die Bedingungen für die Inklusion in Krippen und Kindertageseinrichtungen verbessert werden können,
5. ein Konzept vorzulegen, wie eine bedarfsgerechte Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern gewährleistet werden kann,
6. mit dem Bund, den Kommunen und den Trägern gemeinsam zu erörtern, wie eine zukunfts-sichere Finanzierung von Krippen und Kitas zu gewährleisten ist,

- 7 sich dafür einzusetzen, dass der Bund zusätzliche Mittel für die vorschulische Bildung zur Verfügung stellt.